

WEITERDENKEN

Johanna Siebert

Die Übergangenen: Strukturschwach & erfahrungsstark

Gesonderte Aufbereitung der Ergebnisse aus der Befragungsregion Duisburg & Bochum

Für Menschen in strukturschwachen Regionen sind Kinder- und Altersarmut, Einwanderung und Vermögensungleichheit die größten Probleme – und weniger der Klimawandel. Erkenntnisse für Nordrhein-Westfalen aus einer bundesweiten Studie.

Im Rahmen des Projekts „Die Übergangenen: Strukturschwach & erfahrungsstark“ zeigten Befragungen in vier strukturschwachen Regionen: Als wichtigste kollektive Herausforderung wird die soziale Gerechtigkeit betrachtet. Erst recht deutlich wird dies auf regionaler Ebene. Es dominieren soziale Nöte, wie Kinder- und Altersarmut, Vermögensungleichheit oder Lohngefälle.

Klima- und Umwelt werden zwar als kollektive und nationale Herausforderung anerkannt. Mit Blick auf das lokale Alltagsumfeld sind jedoch soziale Fragen und das Gefühl, übergangen zu werden entscheidender.

Für die Politik ergibt sich daraus weiterer Handlungsbedarf: Um gesellschaftliche Mehrheiten und Akzeptanz zu erreichen sowie sozialen Zusammenhalt zu stärken, sollten regionale Unterschiede verringert werden. Insbesondere eine gerechte Klimapolitik in Verbindung mit zielgerichteten sozialpolitischen Maßnahmen könnten dazu beitragen, Ungleichgewichte in strukturschwachen Regionen abzubauen.

Stimmungsbild aus NRW-Brennpunkten

Die Ruhrgebietsstädte Duisburg und Bochum liegen in einer Region, die bereits umfassende Erfahrung mit strukturellen Umbrüchen hat. So hat sich das einst größte industrielle Ballungszentrum Europas durch den Niedergang des Bergbaus und der Stahlindus-



Johanna Siebert ist Projektmanagerin im Themenschwerpunkt Green New Deal beim Progressiven Zentrum und koordiniert dort das Studienprojekt „Die Übergangenen“. In vorangegangenen Tätigkeiten arbeitete sie als Bildungsreferentin im NGO-Sektor sowie als freiberufliche Wissenschaftlerin für das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).

trie fundamental gewandelt. Im Zuge der Digitalisierung und der Energiewende ist das Ruhrgebiet erneut massiven strukturellen Veränderungen ausgesetzt.

Die Region bietet daher ein hohes Erkenntnispotenzial für die Analyse gesellschaftlicher Einstellungen zum Wandel. Bezogen auf die Ruhrgebietsstädte gibt es einige Ergebnisse, die hervorstechen.

Ergebnis 1: Sorge vor Immigration

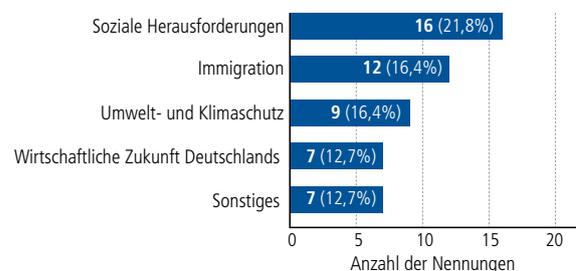
In den Befragungsorten Duisburg und Bochum ergibt sich teilweise ein Bild, das vom generellen Trend abweicht. Während in den anderen Befragungsregionen¹ der „Umwelt- und Klimaschutz“ bei der Frage nach den großen Herausforderungen der Zukunft den ersten oder zweiten Platz einnimmt, rückt in diesem Teil des Ruhrgebiets „Immigration“ in den Vordergrund, wie Abbildung 1 zeigt.

Das Thema Immigration liegt mit 12 Nennungen auf Platz zwei hinter „Soziale Herausforderungen“ (16 Nennungen). Die entsprechenden Antworten umfassen ein breites Spektrum: Es reicht

Abb. 1

Die großen Herausforderungen der Zukunft*

von 55 Befragten in Duisburg und Bochum



* Die 5 meistgenannten Antworten, Mehrfachnennungen möglich.

von xenophoben und rassistischen Einstellungen über die Sorge vor relativer Deprivation (Gefühl der Benachteiligung) und kulturellen Konflikten bis hin zur Nennung staatlicher und bürokratischer Überforderung.

Die Heterogenität der genannten Themen spiegelt sich beispielhaft in folgenden Aussagen wider:

„Dass viele arme Menschen noch ärmer werden, Sozialhilfe kriegen werden. Ich sehe das schon, dass viele Reiche noch reicher geworden sind und die Armen noch ärmer.“
Eine Frau (48) aus Duisburg-Bruckhausen.

„Mit der Einwanderung. Die eigene Identität geht verloren, so wie auch die Arbeitsmoral. Leider Gottes.“
Eine Frau (51) aus Bochum-Riemke

„Die ganze Umwelt. Die bricht irgendwann zusammen, aber das erlebe ich nicht mehr. Ich hoffe meine Kinder auch nicht. Die Umwelt ist das Hauptproblem.“
Eine Frau (63) aus Duisburg-Wanheimerort

Ergebnis 2: Angst, abgehängt zu bleiben

Während die Befragten eine gewisse Resilienz gegenüber persönlichen Zukunftsängsten besitzen, sorgen sie sich um ihre Region. Über die Hälfte der 217 bundesweit befragten Personen nennt regionalbezogene Zukunftssorgen, die sich unter dem Schlagwort „Abgehängtsein“ zusammenfassen lassen.

Die Menschen fürchten dabei nicht, dass ihr Wohnumfeld irgendwann einmal abgehängt sein könnte, sondern dass es in Zukunft weiterhin abgehängt bleiben wird. Es herrscht ein Gefühl der materiellen und immateriellen Bedeutungslosigkeit vor. Daraus speist sich der konkrete Wunsch nach einer „Stärkung der öffentlichen Infrastruktur“ und mehr „Kultur- und Freizeitangeboten“, aber auch nach der „Stärkung des sozialen Zusammenhalts“.

Insgesamt ist die Sorge vor dem Abgehängtsein im Westen etwas weniger ausgeprägt als im Osten. Dennoch rangiert das Thema in allen vier Befragungsregionen mit Abstand auf Platz eins. Mit Blick auf Duisburg und Bochum fällt auf, dass an Stelle zwei und drei die regionalbezogenen Sorgen (Abb. 2) vor „Kriminalität“ und „Überfremdung“ genannt werden.

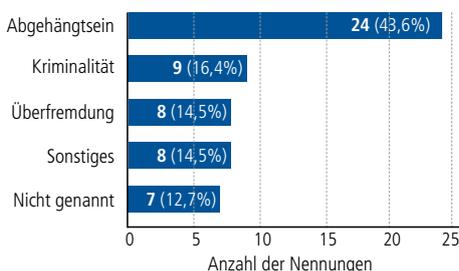
Ebenfalls stärker ausgeprägt waren diese Sorgen im Regionalverband Saarbrücken. Die Angst vor Überfremdung ist dementsprechend vor allem in den migrantisch geprägten Befragungsorten vorzufinden (und wurde auch von Befragten mit eigenem Migrationshintergrund artikuliert).

Hierbei handelt es sich um einen Befund, der frühere Erkenntnisse bestätigt. In heterogenen Umfeldern, die von der Erosion gesellschaftlicher Bindung geprägt sind und in denen prekäre soziale Milieus existieren, sind solche Wahrnehmungen nicht außergewöhnlich.

Abb. 2

Konkrete regionalbezogene Zukunftssorgen*

von 55 Befragten in Duisburg und Bochum



* Die 5 meistgenannten Antworten, Mehrfachnennungen möglich.

Ergebnis 3: Furcht vor mehr Kriminalität

Auch die Furcht vor Kriminalität ist in urbanen Räumen tendenziell höher. Die größere Anonymität in Städten erschwert informelle soziale Kontrolle und erhöht damit die Kriminalitätsbelastung. Dadurch wird das Sicherheitsgefühl negativ beeinflusst.

In den Antworten der Befragten in Duisburg wurde zudem ein Umstand deutlich, der in der Sozialwissenschaft als „Broken-Windows-Hypothese“ bezeichnet wird.

Der Begriff der zerbrochenen Fensterscheiben wurde von James Q. Wilson und George L. Kelling geprägt. Der Theorie zufolge führe sichtbarer Verfall und Zerstörung in einem Stadtteil zu steigender Kriminalität.

Entsprechend äußerten sich auch die Befragten. So meinen manche, dass die Leute in der Umgebung „sich [...] an die Umstände an[passen]“ und „nicht von sich aus so dreckig“ seien, und dass sie Angst haben, „da nachts rumzulaufen“ (Frau [18] aus Duisburg, Meiderich/Beeck). Dies belegt: Kriminalitätsfurcht und der soziale Abstieg einer Region sind insbesondere in urbanen Räumen zwei Seiten derselben Medaille.

Bei der Frage nach den regionalbezogenen Zukunftswünschen äußern die Befragten oft konkrete, realistische Bedürfnisse: Stärkung der öffentlichen Infrastruktur, Ausbau von Kultur- und Freizeitangeboten oder bessere Einkaufsmöglichkeiten. Auffällig an den Ergebnissen in Duisburg und Bochum ist, dass die meistgenannte Antwort „keine Wünsche“ ist (siehe Abb. 3). In dieser vergleichsweise positiveren Grundhaltung gegenüber der regionalen Zukunft weicht die Befragungsregion NRW deutlich von den anderen ab.

„Ja, an sich macht hier viel zu und ja das ist nicht schön. Es gibt nur gleiche Geschäfte, keine Auswahl. Dass sich das hier nicht weiterentwickelt, sondern eher zurückentwickelt. Wenn man was unternehmen will, geht man woanders hin.“

Eine Frau (30) aus Duisburg-Rheinhausen

„Ja, also, dass das Zentrum lebhafter gestaltet wäre. Wenn hier eine Eisdielen wäre. Auf dem Platz außer die drei Döner Buden. Verstehen Sie mich nicht falsch. Die Auswahl ist nicht so berauschend.“

Ein Mann (70) aus Bochum Laer

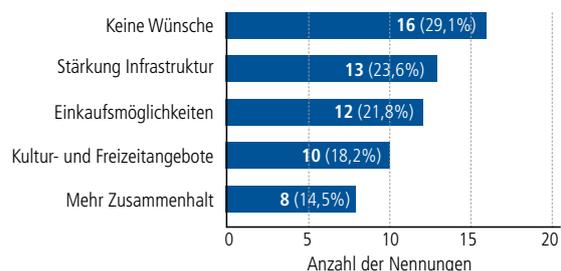
Ergebnis 4: Skepsis gegenüber Politiker_innen

Die Mehrheit der Befragten aller vier Regionen äußert grundsätzliches Vertrauen in die „Transformationskompetenz“ der Demokratie. Zugleich lässt sich aber eine ausgeprägte Grundskepsis gegenüber ihren gewählten Entscheidungsträger_innen erkennen. Hinter dem Frust verbergen sich zum Teil ganz konkrete Vorwürfe – etwa fehlende Empfänglichkeit, mangelnde Bürger_innennähe und ein Gefühl, politisch verlassen zu sein.

Abb. 3

Konkrete regionalbezogene Zukunftswünsche*

von 55 Befragten in Duisburg und Bochum



* Die 5 meistgenannten Antworten, Mehrfachnennungen möglich.

Auch in Duisburg und Bochum sind insgesamt 36 Personen der Meinung, die Demokratie sei dem strukturellen Wandel grundsätzlich gewappnet, auch wenn hier und da Anpassungsbedarf gesehen wird. Jedoch kann über die Hälfte der Befragten (28 Nennungen) keine Politiker_innen oder Parteien nennen, die sich im Allgemeinen um die Interessen der Bevölkerung kümmern.

Auf die Frage, was ihre erste Amtshandlung wäre, wenn sie selbst in die Politik gehen würden, antworteten die Befragten in NRW, dass sie soziale Unterschiede abbauen würden (18 Nennungen), nicht wüssten, wo sie anfangen sollten (9 Nennungen), allgemein bessere Politiker_innen wären (7 Nennungen) oder die Migrationspolitik ändern würden (6 Nennungen). Damit weicht die Befragungsregion beim Thema Vertrauen und Akzeptanz in die Politik nicht auffallend von den anderen Befragungsregionen ab.

„Das müsste unsere Demokratie meistern können, aber es kommt auch auf die Bevölkerung an welche und wie die wählen. Wenn rechtsextreme Personen mehr Macht bekommen, kann sowas schnell ins Wanken kommen, wobei die Bundesrepublik ja gefestigt ist.“
Eine Frau (65) aus Bochum-Riemke

„Ich würde mir Politiker wünschen, die Demokratie auch leben. Ihre eigenen Interessen und Geld, was auf dieser Welt 'ne Rolle spielt, zurückstellen. Dem nicht so ne große Macht zukommen lassen. Politiker mit mehr Mumm, geradlinig und ehrlich.“
Ein Mann (65) aus Duisburg-Hüttenheim

„Schwere Frage. Ich würde versuchen, das Bildungssystem zu optimieren und das Pflegesystem. Ich wüsste nicht wie. Aber das müsste sich ändern lassen.“
Eine Frau (18) aus Duisburg-Meiderich-Beeck

Handlungsempfehlungen

Die Studie „Die Übergangenen: Strukturschwach & erfahrungstark“ zeigt neben einem Stimmungsbild auch Möglichkeiten auf, wie Bewohner_innen strukturschwacher Räume zu Mitgestalter_innen der Zukunft werden können.

Drei generelle Vorschläge

Die folgenden drei Möglichkeiten könnten Vertrauen in Demokratie und Staat erhöhen und die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse beschleunigen:

- Geld: Dies ermöglicht öffentliche Investitionen in die lokale Energiewirtschaft und klimaschonende Maßnahmen im Alltag.
- Gestaltungsmacht und breite Partizipationsmöglichkeiten: Dies sollte die Allokation von Fördermitteln begleiten und den Wandel vordenken.
- Gehör finden: Direkte Gesprächsangebote oder konsultative „Zukunftsräte“ bringen wertvolle Erfahrungen und Kenntnisse der Bürger_innen in den Prozess ein.

Nicht alle Handlungsempfehlungen treffen in gleichem Maße auf die vier Befragungsregionen zu. So bezieht sich die Nutzung des räumlichen Standortvorteils für regenerative Energieerzeugung vor allem auf ländliche Regionen. Dennoch ist unter dem Punkt „Geld“ auch in urbanen Räumen das Verbinden von struktur- und sozialpolitischen Maßnahmen entscheidend.

Wichtig ist zum einen, dass die Regionen von der Ansiedlung zukunftsfähiger Technologie- und Industriezweige profitieren und an den Gewinnen direkt beteiligt werden (zum Beispiel durch die Reinvestition in lokale Infrastruktur, Bildung und Kultur).

Zum anderen müssen einkommensschwache Privathaushalte durch gezielte Unterstützung zu klimaschonenden Investitionen (z. B. Haussanierung, Einbau von Thermoheizanlagen, Kauf eines E-Autos) befähigt werden.

Dabei ist es essentiell, dass strukturpolitische Maßnahmen bedarfsorientiert und entsprechend sozialpolitischer Prinzipien gestaltet werden. Denn dies bietet einkommensschwachen Haushalten (und verschuldeten Kommunen) gezielte Unterstützung und reduziert bestehende Ungleichheiten.

Beteiligung an Erträgen lokaler Projekte

In Teilen spiegeln sich die genannten Punkte in Maßnahmen sowie Wahlprogrammen in NRW bereits wider. So steht das Vorhaben, durch Altschulden-Entlastung die finanziellen Handlungsspielräume von Kommunen zu erweitern, beispielsweise parteiübergreifend in Nordrhein-Westfalen weit oben auf der Agenda. Weniger Schulden könnten den Kommunen mehr Spielraum für zukunfts-fähige Investitionen bieten.

Des Weiteren dürfte ein flächendeckender Ausbau von erneuerbaren Energien in NRW nur dann zu erreichen sein, wenn die lokale Bevölkerung direkt an den Erträgen beteiligt ist. Wie dies aussehen könnte, zeigt der Bürgerwindpark Lichtenau (Westfalen). Dort sind Bewohner_innen der Kommune zu Anteilseigner_innen an den Windrädern geworden, also an den Renditen beteiligt. Darüber hinaus verteilen Bürgerstiftungen Gelder aus den Erträgen an soziale und kulturelle Projekte vor Ort. Um gesellschaftliche Akzeptanz zu sichern, müssen allerdings nicht „nur“ konkrete Konzepte zur Umsetzung entwickelt, sondern auch handfeste Visionen gezeichnet und diese an Beispielen konkretisiert werden. Die Bürger_innen sollten sich besser vorstellen können, wie bestimmte Maßnahmen in ihren Lebensalltag integriert werden.

Bürger_innenbeteiligung in NRW verstärken

Bei den Themen „Gestaltungsmacht“ und „Gehör“ ist festzuhalten, dass dies im Rahmen der regionalen Ausgestaltung des Strukturstärkungsgesetzes in NRW bereits in Teilen umgesetzt wird. So wurde beispielsweise das Wirtschafts- und Strukturprogramm, welches den strategischen Rahmen für die Transformation des Rheinischen Reviers setzt, unter Einbeziehung der Öffentlichkeit erarbeitet.

Darüber hinaus wird und wurde die Strategie mithilfe von unterschiedlichen Formaten der Bürger_innenbeteiligung im Dialog mit den Menschen vor Ort fortgeschrieben. Hervorzuheben sind hierbei die digitalen Revier-Foren (Impulsvorträge und Kleingruppendiskussionen), Revier-Werkstätten (Ideenentwicklung) und die Reviertour (Infostand-Gespräche) mit dem „Dialogmobil“.

Insbesondere die zufällig und repräsentativ zusammengesetzte „Spurgruppe“ zu Bürger_innenbeteiligung zeigt, dass sich das Land NRW zur Einbeziehung der Bürger_innen bei der Gestaltung des Strukturwandels bekennt. Man ist bestrebt, entsprechende Formate zu entwickeln.

Wichtig ist jedoch, dass bewährte Modelle der Bürger_innenbeteiligung genutzt und diese mit entsprechenden finanziellen sowie personellen Ressourcen ausgestattet werden. Projekte mit kurzer Laufzeit sollten vermieden werden. Stattdessen ist es empfehlenswert, Beteiligungsformate auf regionaler Ebene zu institutionalisieren und konstant zu evaluieren. Es sollten konkrete Fragestellungen behandelt und sichtbare Ergebnisse in der Umsetzung erzielt werden. Ein repräsentatives Abbild der Gesellschaft kann durch ein zufälliges Losverfahren gesichert werden.

Zusätzlich müssen materielle und immaterielle Hürden der Teilhabe abgebaut werden – etwa durch Kinderbetreuung vor Ort oder Aufwandsentschädigungen. Oder auch durch „aufsuchende Beteiligung“, also indem beim Einkaufen oder auf Dorffesten direkt auf Bürger_innen zugegangen wird.

Projektbeteiligung ausbauen

Beteiligung sollte nicht nur als begleitender Prozess zur Sicherung gesellschaftlicher Akzeptanz in der Transformation verstanden werden. Die nicht-organisierte Zivilgesellschaft sollte auch in Entscheidungsgremien zur Bewilligung von Projekten und der Verteilung von Geldern vertreten sein. Ein Beispiel hierfür wäre der Reviaraussschuss in Sachsen-Anhalt, dessen Funktion die Begleitung, Bewertung und Beratung von Strukturwandelmaßnahmen in der Region ist. Anders als bei der Gesellschaftsversammlung der Zukunftagentur Rheinisches Revier soll die Zivilgesellschaft hier stimmberechtigt vertreten sein.

Wenn inklusive Beteiligung und Mitgestaltung mit einer direkten und fühlbaren finanziellen Besserstellung einer Region kombiniert werden, erhöht dies die Chancen auf eine erfolgreiche Transformation in strukturschwachen Räumen: Denn die Politik macht auf diese Weise Betroffene zu Akteur_innen des Wandels.

Mehr positive Visionen

Wichtig ist dabei vor allem ein umfassendes Konzept der politischen Kommunikation: einerseits der Visionen und Ziele in der Transformation sowie andererseits der entsprechenden Maßnahmen und Formate.

Die Wahrnehmung von „Immigration“ als eine der größten Zukunftsherausforderungen Deutschlands unter den Befragten in Duisburg und Bochum deutet übrigens unter anderem auf ein Phänomen hin, das die Vorgänger-Studie des vorliegenden Projekts als „Vergleichende Abwertungslogik“ bezeichnete.

Die Abwertung anderer ist hierbei eine Folge der eigenen Abwertungserfahrung und dem Gefühl der politischen Verlassenheit. Um gesellschaftliche Akzeptanz für klimapolitische Maßnahmen zu sichern, ist es daher unerlässlich, dass progressive Parteien positive Visionen und Narrative für die Transformation entwickeln, von denen sich die breite Mehrheit der Bevölkerung angesprochen und mitgenommen fühlt.

Methodische Anmerkungen

Im Rahmen des Projekts „Die Übergangenen: Strukturschwach & erfahrungsstark“ untersuchte „Das Progressive Zentrum“ in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, wie die Menschen in strukturschwachen Räumen die Zukunft des Landes, die ihres Wohnumfeldes sowie ihre persönliche Zukunft beurteilen.

Die Gesamtstudie

Insgesamt wurden 217 leitfadengestützte Interviews in vier strukturschwachen Regionen Deutschlands durchgeführt: Bitterfeld-Wolfen in Sachsen-Anhalt, Duisburg und Bochum in Nordrhein-Westfalen, Regionalverband Saarbrücken im Saarland und Vorpommern-Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern.

Die Haustürgespräche fanden in städtischen und ländlichen Regionen sowie in Ost- als auch in Westdeutschland statt. Das zentrale Anliegen dabei war, jenen Menschen zuzuhören, über die in der öffentlichen Debatte zur Großen Transformation viel gesprochen wird, die aber selbst nur selten zu Wort kommen. Aufbauend auf den authentischen Schilderungen der Befragten entschlüsselt die Studie drei Deutungsmuster und entwickelt konkrete Handlungsempfehlungen, um die Potenziale strukturschwacher Räume in Zeiten des Wandels zu nutzen.

Tab. 1

Anzahl der Interviews nach Bezirken bzw. Stadtteilen

von 55 Befragten in Duisburg und Bochum

Duisburg							Bochum		
Marxloh	Meiderich Beeck	Hochfeld	Bruck- hausen	Hütten- heim	Wan- heimerot	Rhein- hausen	Laer	Grumme	Riemke
15	4	2	5	9	3	3	6	2	6

Nähere Informationen zur Methodik, den Ergebnissen und den Handlungsempfehlungen sowie die gesamte Studie und der Anhang sind abrufbar unter <https://www.progressives-zentrum.org/die-uebergangenen/>.

ENDNOTE

1 Nähere Informationen zur Methodik, den Ergebnissen und den Handlungsempfehlungen sowie die gesamte Studie und der Anhang sind abrufbar unter <https://www.progressives-zentrum.org/die-uebergangenen/>.

In der Reihe „Weiterdenken“ sind bereits erschienen:

- C. Krell: Aufstieg ist möglich! – Ist Aufstieg möglich? 2019/1.
- B. Küpper: Einwanderungspolitik für die pragmatische Mitte. 2019/2.
- A. Karačić: Sozialer Fortschritt durch technische Innovation? 2019/3.
- S. Rammler, I. Kollosche, A. Breitzkreuz: Mobilität für alle. 2019/4.
- F. Decker: Vertrauen und Demokratiezufriedenheit an Rhein und Ruhr. 2019/5.
- G. Bellenberg: Gleiche Bildungschancen für alle! 2020/1.
- M. Florack: Sicherheit, Gerechtigkeit und Zusammenhalt. 2020/2.
- C. Tribowski: Sozial und Ökologisch! Nachhaltig leben in NRW. 2021/1.
- C. Werkmann, L. Wolfs: Corona als Brennglas. 2021/2.
- A. Sobieraj: Die Gesellschaft, in der ich leben möchte. 2021/3.
- M. Roos, U. Paetzl, A. Knickmeier: Gemeinsam besser ans Ziel. Wie Genossenschaften die Mobilitätswende voranbringen könnten. 2021/4.
- G.A. Horn: Vor großen Herausforderungen Eine neue Industriepolitik für NRW 2021/5.
- M. Hennicke: Ungleiches Nordrhein-Westfalen. Gleichwertige Lebensverhältnisse und zukünftige Transformationsprozesse in NRW. Was jetzt zutun ist. 2021/6.
- T. Heilmann/A. Kümmerling/T. Rinke: Homeoffice und mobile Arbeit – Potenziale und Handlungsbedarfe. 2021/7.
- L. Ickstadt, R. Faus: Leben in der Pandemie, Ergebnisse aus quantitativer Forschung in Nordrhein-Westfalen während der Corona-Pandemie. 2021/8.
- G.R. Wollinger, St. Kersting: Zukunftsweisende Sicherheitspolitik in NRW. 2022/1.
- T. Wind: „Und dann will man nicht ständig jeden Cent umdrehen müssen...“. 2022/2.
- J. Faus/S. Storks/S. Alin, pollytix: „Alles kostet Geld, aber man kann nicht alles mit Geld richten“. 2022/3.

Abzurufen unter: www.fes.de/landesbuero-nrw

Impressum: © Friedrich-Ebert-Stiftung | **Herausgeber:** Landesbüro NRW, Petra Wilke (V. i. S. d. P.), Godesberger Allee 149, 53175 Bonn | Tel.: 0228 883-7202 | Fax: 0228 883-9208 | landesbuero-nrw@fes.de | www.fes.de/landesbuero-nrw | www.facebook.com/FESNRW | twitter.com/FESNRW | ISBN: 978-3-98628-132-8 | **Gestaltung:** pellens.de | **Druck:** Friedrich-Ebert-Stiftung | **Fotos:** FES; NRW-Fahne: Yul/fotolia.com; Skyline: Hans-Jürgen Landes; shamm, Tobias Arhelger, Henrik Dolle, photofranz56, elxeneize/fotolia.com; Beeldebewerking, AndresGarciaM/istockphoto.com; birdys/photocase.de; Lokilech, Thomas Wolf/Commons wikimedia.org

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung der Friedrich-Ebert-Stiftung nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Die Ausführungen und Schlussfolgerungen sind von den Autor_innen in eigener Verantwortung vorgenommen worden.

